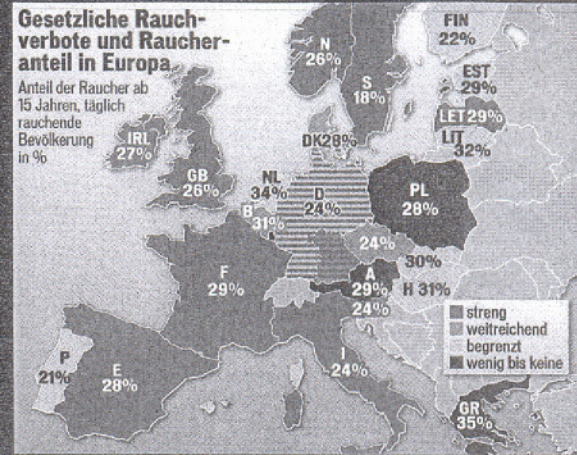


RAUCHERGESETZ VOR AUS

Österreich wird Schlusslicht in Europa



Kdolsky ist nun gefordert

Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky ist nun beim Nichtraucherschutz gefordert.

SPÖ wirft Gesundheitsministerin Bruch des Koalitionsübereinkommens vor Kdolsky ist gescheitert - jetzt ermahnt sogar die EU Österreich

Während Europa den Nichtraucherschutz verbessert, scheitert Gesundheitsministerin Kdolsky mit einem Gesetz - es gibt nicht einmal Gespräche.

Wien. Bei der Suche nach einer gesetzlichen Regelung beim Nichtraucherschutz schießt sich die SPÖ jetzt auf VP-Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky ein. Die zuletzt von Kdolskys Umfeld gestreuten Gerüchte, wonach die Ministerin mit SP-Gesundheitssprecherin Sabine Oberhauser in Verhandlungen stehe und eine Einigung in Sicht sei, stellen sich nun als reine Luftblase heraus. „Es gab seit dem Abbruch der Verhandlungen Ende Oktober mit Gesundheitsministerin Kdolsky leider keinen Gesprächstermin. Das Scheitern selbst haben wir aus den Medien erfahren müssen“, so SP-Gesundheitssprecherin Sabine Oberhauser im Gespräch mit ÖSTERREICH.

Kdolsky zeigt sich bis zuletzt zuversichtlich, dass „der Kompromiss mit dem Koalitionspartner“ gelingt. Sie möchte das Thema nun „rasch und zügig“ angehen und be-

bis 75 m² Fläche auf der Wahl fürs Rauchen.

Genau in diesem Punkt gehen SPÖ und ÖVP derzeit auf Konfrontationskurs. SP-Kanzler Alfred Gusenbauer will das Gesetz zwar (noch) nicht zur Chefsache machen, erklärt aber gegenüber ÖSTERREICH: „Es ist klar, dass es hier ein Koalitionsabkommen gibt. Und wenn die Frau Gesundheitsministerin wieder bereit ist, wird sie neue Vorschläge auf den Tisch legen.“

Salzburgs SP-Landeshauptfrau Gabi Burgstaller meint dazu: „Es ist hoch an der Zeit dafür.“

Rücktritt gefordert. Gusenbauers Umfeld formuliert das Ganze weniger diplomatisch. Reinhard Kürsten, Berater des Bundeskanzlers in Gesundheitsfragen, fordert im Interview mit ÖSTERREICH jetzt sogar den Rücktritt von „Krankheitsministerin Andrea Kdolsky“. Jährlich sterben 1.000 Menschen an Passivrauch, 300 mehr als im Straßenverkehr.

In den nächsten Wochen muss Kdolsky vor allem zwei Punkte abarbeiten:

● Im Regierungsprogramm ist auf Seite 113 zwischen SPÖ und ÖVP vereinbart: „Veran-

kerung eines gesetzlich ausgebauten NichtraucherInnen-schutzes (insbesondere durch strenge Regelungen auch in Lokalen durch räumlich abgetrennte Raucherzonen).“ Die SPÖ pocht jetzt ganz massiv auf Einhaltung dieses Abkommens. Im Regierungsabkommen stehe nichts von „willkürlich gezogenen Quadratmetergrenzen“ oder einer „Wahlfreiheit, ob man die Gesundheit von Nichtrauchern schützen will oder nicht“, so Oberhauser. Und: Der SPÖ-Standpunkt sei unverändert klar: „Ein Einraumlokal ist Nichtraucherlokal, unabhän-

gig, wie groß es ist. Wenn es nur ein 200 m² großes Lokal ist, darf dort nicht geraucht werden. Wenn ein 36-m²-Lokal zwei Räume hat, darf in einem Raum geraucht werden, in anderen nicht.“

● Die Republik Österreich ist zudem laut der am 9. Juni 2008 im Parlament beschlossenen und am 15. September 2008 vor der UNO in New York ratifizierten *Tabakrichtlinien* der FCTC zu einem „umfassenden Schutz vor Passivrauch“ völkerrechtlich verpflichtet. EU-Gesundheitskommissar Marios Kyprianou mahnt gegenüber ÖSTERREICH Kdolsky auf Einhaltung: „Österreich ist seit 2005 Mitglied bei der internationalen *Rahmenkonvention zur Tabakkontrolle* (FCTC). Sie gilt als ‚goldener Standard‘ und strebt einen universellen Schutz an, in dem alle öffentlichen Räume, Arbeitsplätze und öffentlichen Verkehrsmittel frei sind von Nikotin. Das ist innerhalb von fünf Jahren nach FCTC-Mitgliedschaft umzusetzen.“

Artikel 8 sieht wirksamen gesetzgeberischen Maßnahmen vor, um vor Passivrauch auch am Arbeitsplatz (etwa Gastronomie) zu schützen. Welche Maßnahmen der Gesundheitsministerin setzt, um Regierungsübereinkommen und FCTC-Richtlinie einzuhalten, wollte oder konnte Kdolsky bei Redaktionsschluss nicht beantworten.



„Österreich muss bis 2010 laut Richtlinie alle öffentlichen Räume und Arbeitsplätze rauchfrei gestalten.“
M. KYPRIANOÚ, EU-KOMMISSAR



„Wir hängen hier voll am Regierungsübereinkommen, worauf sich die Volkspartei so gern bezieht.“
SABINE OBERHAUSER, SP

10. JÄNNER 2008